

Niederschrift

über die 4. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 23. September 2009, um 17.00 Uhr im Ratssaal Schillerstraße 4

Anwesend:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Helmut Reichling als Vorsitzender
Bürgermeister Heinz Heller
Beigeordneter Rolf Franzen

und folgende Ratsmitglieder:

- 1 Dr. Bock Reinhard
- 2 Cleemann Evelyne
- 3 Danner Hedi
- 4 Dettweiler Kurt
- 5 Düker Bernhard
- 6 Gauf Christian
- 7 Graßhoff Martin (ab 17.11 Uhr, TOP I/5, bis 19.02 Uhr, Ende des öffentlichen Teils)
- 8 Gries Thorsten
- 9 Hahn Günter
- 10 Dr. Hitschler Walter
- 11 Kaiser Ingrid
- 12 Kirchner Annegret
- 13 Krauskopf Hanne
- 14 Kretschmar Uwe
- 15 Kroh Jürgen
- 16 Metzger Elisabeth
- 17 Moulin Stephane
- 18 Nunold Matthias
- 19 Dr. Ohler Wolfgang
- 20 Dr. Pohlmann Norbert
- 21 Presl Fritz (ab 17.15 Uhr, TOP I/5)
- 22 Rauch Christina
- 23 Reich Josef
- 24 Reitnauer Oliver
- 25 Rimbrecht Walter
- 26 Ruf Achim

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

- 27 Dr. Runge Dietmar
- 28 Schanne-Raab Gertrud
- 29 Schafenberger Florian
- 30 Scherer Richard
- 31 Schneider Dirk
- 32 Schönborn Peter
- 33 Stauch Hanne
- 34 Streuber Elke
- 35 Wilhelm Sabine
- 36 Zahler Kurt

Es fehlten entschuldigt:

Ballbach Thomas
Eckerlein Thomas
Neubert Volker
Schiller Eckhart

Außerdem waren anwesend:

Amt 10 – Herr Körner und Frau Schwab
Amt 11 – Herr Seib
Amt 20 – Herr Kaufmann
Amt 30 – Frau Dr. Bucher
Amt 50 – Herr Stock
Amt 51 – Herr Wilhelm
Amt 60 – Herren Morscher und Ehrmann
I – Frau Vogel
EBZ – Herr Boßlet
Stadtwerke – Herr Brennemann
Gleichstellungsstelle – Frau Kuppitz
Personalrat – Herr Kallenbrunnen
Stabsstelle – Frau Kraft

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Baulandumlegungsverfahren;
Anordnung des Umlegungsverfahrens nach dem Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) für das Gebiet des Bebauungsplanes „Auf Äckerchen“, Gemarkung Hengstbach
- 2 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Teiländerung 1 des Bebauungsplanes EW 2 „Auf dem Sand am Hasensteig“ im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB
 - Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB
 - Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)
 - Satzungsbeschluss
- 3 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Bebauungsplanverfahren NA 42 „Wohnpark Vor den Zeilbäumen“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
 - Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13a Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB
 - Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 a Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)
 - Satzungsbeschluss
- 4 Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Bebauungsplan ZW 152 „Kreuzberg-Wohnsiedlung“
 - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 7.3.2001
 - Fassung eines neuen Aufstellungsbeschlusses
- 5 Tierheim;
Beschluss über die finanzielle Beteiligung der Stadt an der Sanierung des Tierheimes
- 6 Erstellung einer Vorschlagsliste für die Wahl von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern in der Sozialgerichtsbarkeit
- 7 Bildung eines Seniorenbeirates für die Legislaturperiode 2009-2014
- 8 Ergänzung von Ausschüssen
- 9 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO;
Annahme von Spenden
- 10 Spezifische Erweiterung des Sozialausweises
(Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 8.9.2009)

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

- 11 Günstigere Mitgliedsbeiträge in Sport- und Freizeitvereinen
(Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 9.9.2009)
(Stadtratsdrucksache Nr. 56 liegt bei)
- 12 Elektronischer Versand von Einladungen zu Sitzungen
(Antrag Fraktion Grüne Liste vom 13.9.09)
- 13 Erweiterung der Aussegnungshalle auf dem Zweibrücker Hauptfriedhof
(Antrag der FDP-Fraktion vom 13.9.09)
- 14 Anfragen von Ratsmitgliedern

II. Nichtöffentlicher Teil

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Stadtrates sowie die form- und fristgerechte Einladung der Ratsmitglieder fest.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 19.02 Uhr. Nach einer Pause wird der nichtöffentliche Teil der Sitzung um 19.15 Uhr eröffnet.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

I. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Baulandumlegungsverfahren;
Anordnung des Umlegungsverfahrens nach dem Baugesetzbuch
(BauGB) in der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414) für das
Gebiet des Bebauungsplanes „Auf Äckerchen“, Gemarkung Hengstbach**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 44.

Ratsmitglied Rimbrecht führt aus, dass sich die SPD-Fraktion über die bürgernahe und zügige Umsetzung freue. Er lobt, dass das Bauamt auf die Bürgerwünsche und die Wünsche des Bauausschusses eingegangen sei.

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass sich die Grüne Liste gegen den Beschlussvorschlag aussprechen werde. Damit wolle die Fraktion jedoch nicht die Notwendigkeit einer Umlegung in Zweifel ziehen. Die Ablehnung sei lediglich Ausdruck der konsequenten Haltung der Grünen Liste, wonach ein Baugebiet dort für nicht nötig erachtet werde.

Ratsmitglied Dettweiler teilt mit, dass er sich über das schnelle Voranschreiten in dieser Angelegenheit freue und die Schaffung von Bauland dort keine Zersiedlung darstelle, sondern eine Verbindung zwischen Mittelbach und Hengstbach schaffe.

Ratsmitglied Kroh erklärt, dass sich die CDU-Fraktion der Meinung von Ratsmitglied Dettweiler anschließe und das Baugebiet keine Zersiedlung der Landschaft, sondern ein Lückenschluss zwischen Mittelbach und Hengstbach darstelle.

Ratsmitglied Dr. Hitschler erläutert, dass auch die FDP-Fraktion den Bebauungsplan begrüße. Gerade mit Blick auf die Konkurrenzsituation zu saarländischen Nachbargemeinden sei die Schaffung von preisgünstigen Bauplätzen wichtige Voraussetzung, um die Bevölkerungsentwicklung stabil zu halten.

Der Stadtrat fasst folgenden

Beschluss:

Gemäß § 46 des BauGB wird für das Gebiet des Bebauungsplanes „Auf Äckerchen“ in der Gemarkung Hengstbach die Umlegung angeordnet.
Das Umlegungsverfahren soll die Bezeichnung „Auf Äckerchen“ erhalten.

Die Begrenzung des Umlegungsgebietes ist in dem der Stadtratsdrucksache Nr. 44 beiliegenden Ausschnitt aus der Liegenschaftskarte dargestellt. Der Kartenausschnitt ist ein Bestandteil dieses Beschlusses.

In das Umlegungsverfahren sollen folgende Grundstücke, deren Flurstücksnummern nachstehend bezeichnet sind, einbezogen werden:

Flst.-Nrn. 894/11, 894/13, 895/6, 908, 909, 910, 911, 912, 914, 914/1, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961 und 961/2 sowie Teilflächen aus den Flst.-Nrn. 110, 111, 111/2, 112, 113, 114, 115, 115/2, 116, 117, 894/17, 894/18, 907, 907/1, 945, 946, 947, 947/2, 948, 949, 950, 951/1, 952/1, 953/1 und 962/3.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Abstimmungsergebnis:

31 Ja-Stimmen

0 Enthaltungen

3 Nein-Stimmen

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

60 – 1 x

Katasteramt Pirmasens – 1 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

- Punkt 2:** **Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Teiländerung 1 des Bebauungsplanes EW 2 „Auf dem Sand am
Hasensteig“ im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB**
- **Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden und
sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 i. V. m.
§ 4 Abs. 2 BauGB**
 - **Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit
gem. § 13 Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche
Auslegung)**
 - **Satzungsbeschluss**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 45.

Ratsmitglied Kroh dankt der Verwaltungsleitung und dem Bauamtsleiter, dass das vorliegende Teiländerungsverfahren schnell durchgeführt worden sei und erklärt, dass auch hier eine große Baulücke geschlossen werde.

Ratsmitglied Rimbrecht regt an, dass nun in diesem Baugebiet die Benennung einer Straße nach Paul Strauß verwirklicht werden könne.

Ratsmitglied Dettweiler erklärt, dass bei dem vorliegenden Beschluss entscheidend sei, dass das komplette Baugebiet und nicht nur Teile umgesetzt werden können.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

- 1 Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 13 Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB werden, wie in der Stadtratsdrucksache Nr. 45 ausgeführt, behandelt.
- 2 Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB werden, wie in der Stadtratsdrucksache Nr. 45 ausgeführt, behandelt.
- 3 Die Tiefe des Baufensters am westlichen Rand des Grundstücks Flst.-Nr. 1024, Gemarkung Ernstweiler, wird, wie unter Ziffer I der Stadtratsdrucksachen Nr. 45 dargestellt, auf 13,30 m reduziert.
- 4 Der Bebauungsplan wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die hierzu erstellte Begründung gebilligt.
- 5 Die unter Buchstabe B des Textteils des Bebauungsplanes gem. § 88 Abs. 6 LBauO getroffenen gestalterischen Festsetzungen werden beschlossen. Die Festsetzungen sind gem. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan zu übernehmen.

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

60 – 1 x

Katasteramt Pirmasens – 1 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

- Punkt 3:** Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Bebauungsplanverfahren NA 42 „Wohnpark Vor den Zeilbäumen“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB
- Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13a Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB
 - Beratung über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 a Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentliche Auslegung)
 - Satzungsbeschluss

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 46.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

B e s c h l u s s :

- 1 Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 13 a Abs. 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB werden, wie in der Stadtratsdrucksache Nr. 46 ausgeführt, behandelt.
- 2 Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 13 a Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB werden, wie in der Stadtratsdrucksache Nr. 46 ausgeführt, behandelt.
- 3 Der Bebauungsplan wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die hierzu erstellte Begründung gebilligt.
- 4 Die unter Buchstabe B des Textteils des Bebauungsplanes gem. § 88 Abs. 6 LBauO getroffenen gestalterischen Festsetzungen werden beschlossen. Die Festsetzungen sind gem. § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan zu übernehmen.

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
60 – 1 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

- Punkt 4:** **Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;
Bebauungsplan ZW 152 „Kreuzberg-Wohnsiedlung“**
- **Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 7.3.2001**
- **Fassung eines neuen Aufstellungsbeschlusses**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 47.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

B e s c h l u s s :

- 1 Der Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes ZW 152 „Kreuzberg Wohnsiedlung“ vom 7.3.2001 wird aufgehoben.
- 2 Die Aufstellung des Bebauungsplanes ZW 152 „Kreuzberg Wohnsiedlung“ wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB erneut beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist dem der Stadtratsdrucksache Nr. 47 beiliegenden Lageplan zu entnehmen.
- 3 Es wird gebilligt, dass das Regenrückhaltebecken an der vorgesehenen Stelle umgesetzt sowie weiterhin die angestrebte Nachverdichtung durch neue Bauplätze auch auf dem Flurstück 2885/26, Gemarkung Zweibrücken, weiter verfolgt wird und somit eine eventuell spätere Realisierung der Verbindungsstraße Homburger Straße – Amerikastraße nur in modifizierter Form möglich ist.

An der Abstimmung nahmen 34 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
60 – 1 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

**Punkt 5: Tierheim;
Beschluss über die finanzielle Beteiligung der Stadt an der Sanierung des Tierheimes**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 59.

Ratsmitglied Rimbrecht führt aus, dass mit Blick auf den Tierschutz sehr gut zu heißen sei, dass das Tierheim saniert werde. Der jetzige Baudezernent habe einen guten Weg auch unter Berücksichtigung der Schonung der Nachbarn gefunden. Auch werde die Stadtkasse nicht zu sehr belastet. An dieser Stelle dankt Ratsmitglied Rimbrecht dem Bauamt, der Kämmerei und dem Rechtsamt für die Mitarbeit in dieser Angelegenheit. Allerdings sei mit dieser Finanzierung auch ein Umzug des Tierheims möglich gewesen. Diese Chance habe man verpasst.

Ratsmitglied Nunold erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE den Beschlussvorschlag begrüße.

Er selbst kenne die Problematiken des Tierheimes, da er ein halbes Jahr im Vorstand des Tierschutzvereines tätig gewesen sei.

Weiterhin richtet Ratsmitglied Nunold die Bitte an die Verwaltung, die Thematik eines Umzuges des Tierheims in den nächsten Jahrzehnten nicht zu behandeln.

Ratsmitglied Dr. Bock führt aus, dass ihm vom Hörensagen bekannt geworden sei, dass der Tierschutzverein auch Kleintiere kaufe, was seiner Ansicht nach nicht von der Bezuschussung durch die Stadt abgedeckt sei. Die Stadt solle sich deshalb ein vernünftiges Nutzungskonzept vorlegen lassen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass der Vorschlag von Ratsmitglied Dr. Bock seine Zustimmung finde und diesbezüglich auch bereits Gespräche mit dem neuen Vorstand des Tierschutzvereines geführt worden seien.

Bürgermeister Heller erläutert, dass der Tierschutzverein auch einen von der Stadt ausgearbeiteten Zuschussantrag beim Umweltministerium stelle und davon auszugehen sei, dass von dortiger Stelle die genauen Zuwendungsvoraussetzungen geprüft werden. Es sei deshalb nicht zu befürchten, dass Zahlungen veranlasst werden, welche die Stadtkasse unnötig belasten.

Ratsmitglied Kretschmar führt aus, dass die CDU-Fraktion den vorliegenden Beschlussvorschlag begrüße. Wichtig sei, dass nun Klarheit darüber bestehe, dass das Tierheim zumindest für eine längere Dauer an seinem jetzigen Ort verbleibt und dass Maßnahmen des Schallschutzes teilweise bereits abgeschlossen seien.

Ratsmitglied Dettweiler erklärt im Namen der FWG-Fraktion, dass es sehr erfreulich sei, dass die Angelegenheit nun umgesetzt werden könne.

Ratsmitglied Dr. Hitschler führt aus, dass die Angelegenheit bereits im Ausschuss vorberaten worden sei. Dabei sei neben der Maßnahme der Heizungsanlage auch die Befestigung der Uferböschung beraten worden. Der jetzige Beschlussvorschlag müsse dementsprechend angepasst werden.

Der Vorsitzende lässt sodann über den Beschlussvorschlag der Stadtratsdrucksache Nr. 59 unter Erweiterung des Antrages von Ratsmitglied Dr. Hitschler abstimmen.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Der Stadtrat fasst einstimmig folgenden

B e s c h l u s s :

- 1 Der Vorfinanzierung über einen städtischen Zuschuss zur Sanierung der Heizungsanlage wird zugestimmt.
- 2 Im Rahmen der Finanzierung der Gesamtmaßnahme beteiligt sich die Stadt Zweibrücken durch einen städtischen Zuschuss an den nicht durch Zuschüsse gedeckten Kosten anderer Zuwendungsgeber.
- 3 Dem Erweiterungsantrag von Ratsmitglied Dr. Hitschler wird zugestimmt.

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

14 – 1 x

20 – 1 x

60 – 1 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Punkt 6: Erstellung einer Vorschlagsliste für die Wahl von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern in der Sozialgerichtsbarkeit

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 42.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Als ehrenamtliche Richter für das Sozialgericht Speyer werden Ratsmitglied Bernhard Düker und Herr Gerhard Kerfin, Boulognestr. 51, Zweibrücken, benannt.

Als ehrenamtlicher Richter für das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz wird Ratsmitglied Uwe Kretzschmar benannt.

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:
10 – 1 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Punkt 7: Bildung eines Seniorenbeirates für die Legislaturperiode 2009-2014

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 48.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

Beschluss:

Der in der Stadtratsdrucksache Nr. 48 dargestellten abgeänderten Zusammensetzung des Seniorenbeirates wird zugestimmt.

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x

50 – 1 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Punkt 8: Ergänzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf Stadtratsdrucksache Nr. 53.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Nachfolger des ausgeschiedenen Ratsmitgliedes Dr. Gensch im Rechnungsprüfungsausschuss, im Schulträgerausschuss, im Stadtrechtsausschuss sowie im Verwaltungsrat des Entsorgungs- und Servicebetriebes Zweibrücken wird das für Herrn Dr. Gensch in den Stadtrat nachgerückte Mitglied, Herr Volker Neubert. Dieser wird auch Stellvertreter von Ratsmitglied Christina Rauch im Jugendhilfeausschuss.

Nachfolger von Herr Manuel Negadi im Bau- und Umweltausschuss wird Herr Winfried Wild, Udetstr. 18, Zweibrücken.

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x

14 – 1 x

30 – 1 x

40 – 1 x

51 – 1 x

60 – 1 x

EBZ – 1 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

**Punkt 9: Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO;
Annahme von Spenden**

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 54.

Ratsmitglied Rimbrecht nimmt Bezug auf Teil a) der Drucksache und erklärt, dass sich dabei die Frage stelle, ob es sich tatsächlich um eine Spende oder um ein Entgelt handele, welches aufgrund der Sondernutzungssatzung für die Nutzung bestehender Flächen für gastronomische Zwecke vorgesehen sei.

In der Sondernutzungssatzung sei für den Bereich der Fußgängerzone ein Entgelt von 3,50/m² vorgesehen. Für den Zeitraum des Stadtfestes würden sich somit erhebliche Beträge ergeben.

Der Vorsitzende erklärt, dass aufgrund des Einwandes von Ratsmitglied Rimbrecht der Teil a) der Drucksache Nr. 54 von der Abstimmung ausgenommen werde und die von Ratsmitglied Rimbrecht aufgeworfene Frage als Anfrage behandelt und abgeklärt werde.

Anschließend findet eine Abstimmung über die Teile b) und c) der Drucksache Nr. 54 statt.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

B e s c h l u s s :

Der Stadtrat stimmt der Annahme der unter b) und c) der Stadtratsdrucksache Nr. 54 aufgeführten Spenden zu.

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x

41 – 1 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Punkt 10: Spezifische Erweiterung des Sozialausweises (Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 8.9.2009)

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 55 und den zugrunde liegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 8.9.2009.

Ratsmitglied Nunold erklärt, dass bislang mit dem Sozialausweis nur Monatskarten zu einem vergünstigten Preis erworben werden können.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE beziehe sich darauf, die Vergünstigung aufgrund des Sozialausweises auch auf den Erwerb von Einzelfahrscheinen für den örtlichen ÖPNV zu erweitern.

Die Angelegenheit könne auch im zuständigen Ausschuss behandelt werden.

Ratsmitglied Zahler erläutert, dass die SPD-Fraktion der Verweisung an den zuständigen Ausschuss zustimme und den Antrag der Fraktion DIE LINKE ausdrücklich begrüße. Der Antrag trage den speziellen Bedürfnissen von Inhabern des Sozialausweises Rechnung. Man müsse davon ausgehen, dass sich dieser Bevölkerungsgruppe aufgrund der weltweiten Krise künftig noch vergrößern werde.

Ratsmitglied Kaiser erklärt, dass auch die FDP-Fraktion den Antrag begrüße. Insbesondere mit Blick auf die Versorgungslage in den Vororten sei eine Erweiterung der Vergünstigung auf den Erwerb von Einzelfahrscheinen im Rahmen der sozialen Gerechtigkeit notwendig. Vor allem die Bedürftigen und älteren Menschen seien auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen.

Ratsmitglied Schanne-Raab teilt mit, dass auch die Fraktion Grüne Liste den Antrag unterstützen werde und die Einzelheiten im Sozialausschuss besprochen werden könnten.

Ratsmitglied Kroh weist darauf hin, dass in den Vororten Oberauerbach und Mörsbach nicht die Zweibrücker Verkehrsgesellschaft, sondern andere Busbetreiber die dortigen Linien betreiben.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass dies bei der Verweisung an den Sozialausschuss beachtet werde und darauf zu achten sei, dass alle Zweibrücker Bürgerinnen und Bürger unabhängig von dem jeweiligen Betreiber der Buslinien gleich behandelt werden.

Ratsmitglied Dettweiler erklärt, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE sehr sinnvoll sei. Im Sozialausschuss müsse jedoch auch der haushaltsrechtliche Aspekt sowie der Beitrag, der von der Verkehrsgesellschaft zu leisten sei, erörtert werden.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 8.9.2009 hinsichtlich der Erweiterung der Geltung des Sozialausweises auf den Erwerb von Einzelfahrscheinen im örtlichen ÖPNV wird zur weiteren Beratung an den Sozialausschuss verwiesen.

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

50 – 1 x

60 – 1 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Punkt 11: Günstigere Mitgliedsbeiträge in Sport- und Freizeitvereinen (Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 9.9.2009)

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 56 und den zugrunde liegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 9.9.2009.

Ratsmitglied Nunold erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE mit ihrem Antrag den finanziell schlechter gestellten Zweibrücker Kindern und Jugendlichen die Mitgliedschaft in Sport- und Freizeitvereinen erleichtern möchte.

Mit einer Verweisung an den zuständigen Ausschuss sei die Fraktion einverstanden.

Beigeordneter Franzen erklärt, dass der Antrag vom Grundsatz her betrachtet durchaus sinnvoll sei. Die Vereine in Zweibrücken berücksichtigten jedoch bereits zum größten Teil diese Situation in der Beitragsgestaltung.

Im Rahmen des Haushalts werde die Sportförderung bereits großzügig behandelt; dies gelte gerade auch spezifisch im Bezug auf die Jugendlichen.

Beigeordneter Franzen erklärt sich bereit, in einem nächsten Schreiben, welches die Vereine im Rahmen der Zuschussgewährung erhalten, auf die Berücksichtigung der Situation finanziell schlechter gestellter Kinder und Jugendliche in der Beitragsgestaltung hinzuwirken.

Wie jedoch bereits erwähnt, sei dies bei dem Großteil der Vereine bereits der Fall.

Es müsse jedoch darauf hingewiesen werden, dass ein Verein in seiner Beitragsgestaltung auch eigenständig agieren können muss.

Ratsmitglied Gauf erklärt, dass der Verein, welchem er angehöre, bereits die Situation finanziell schlechter gestellter Personen in der Beitragserhebung berücksichtige und dies auch bei dem überwiegenden Teil der sonstigen Zweibrücker Vereine der Fall sei.

Ratsmitglied Dettweiler schließt sich den Ausführungen von Beigeordnetem Franzen und Ratsmitglied Gauf an und erklärt, dass er davon ausgehe, dass die Sportvereine bereit seien, bei der Beitragserhebung die jeweilige finanzielle Situation des Einzelnen zu berücksichtigen.

Er bittet Herrn Franzen dennoch, wie von diesem bereits vorgeschlagen, ein entsprechendes Hinweisschreiben an die Vereine zu richten.

Ratsmitglied Kaiser führt aus, dass auch von Seiten des VTN eine entsprechende Rücksichtnahme erfolge.

Ratsmitglied Zahler erläutert, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE nicht nur die ideelle Unterstützung der Verwaltung verdiene, sondern darüber hinaus eine Initiative aufgebaut werden müsse, um noch mehr Kinder und Jugendliche in die Vereinsaktivitäten mit einzubinden.

Viele Eltern und Kinder scheuten sich angesichts der hohen Kosten wie beispielsweise für Sportkleidung und die Fahrten zu dem Training, sich einem Sportverein anzuschließen.

Bei dem von Beigeordnetem Franzen angekündigten Zugehen auf die Vereine solle auch durch die Behandlung des Themas im Stadtverband für Sport und in den Ausschüssen darauf hingewirkt werden, noch mehr Eltern und Kinder zur Mitgliedschaft in Vereinen zu animieren. Ein Ansatz sei beispielsweise das Angebot von organisierten Fahrten; dadurch steige nachweislich die Zahl der Eltern und Kinder, welche sich einem Verein anschließen.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Ratsmitglied Dr. Hitschler führt aus, dass dabei auf die Miteinbindung von Flugsport-, Reit- und Schützenvereinen sowie Golf- und Tennisclubs verzichtet werden solle.

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass auch die Fraktion Grüne Liste das Anliegen der Fraktion DIE LINKE unterstütze und die Verwaltung Gespräche mit den Vereinen suchen solle.

Da bislang in der Diskussion von der Verweisung an den Sozialausschuss die Rede gewesen sei, möchte sie wissen, ob nicht vielmehr im vorliegenden Fall der Sportausschuss zuständig sei.

Beigeordneter Franzen schlägt vor, die Angelegenheit nicht an einen Ausschuss zu verweisen, sondern wie von ihm angesprochen so zu verfahren, dass die Verwaltung Kontakt mit den Vereinen aufnimmt.

Ratsmitglied Düker erklärt Bezug nehmend auf die Ausführungen von Ratsmitglied Dr. Hitschler, dass seiner Ansicht nach jeder Verein und damit auch die eher als elitär eingestuften Sportarten in das Anliegen einbezogen werden sollten.

Ratsmitglied Nunold erklärt sich mit dem von Beigeordnetem Franzen vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden, worüber der Stadtrat im Anschluss abstimmt.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird entsprechend dem Vorschlag von Beigeordnetem Franzen beauftragt, an die Zweibrücker Sport- und Freizeitvereine heranzutreten und darauf hinzuwirken, dass diese Vereine in ihrer Beitragsgestaltung auf die Situation finanziell schwächer gestellter Kinder und Jugendliche eingehen.

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

40 – 1 x

50 – 1 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Punkt 12: Elektronischer Versand von Einladungen zu Sitzungen (Antrag Fraktion Grüne Liste vom 13.9.09)

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 57 und den zugrunde liegenden Antrag der Fraktion Grüne Liste vom 13.09.2009.

Ratsmitglied Schanne-Raab erklärt, dass der vorliegende Antrag auf den Antrag der Fraktion Grüne Liste vom 23.06.2009, welcher den elektronischen Versand von Sitzungsprotokollen zum Inhalt hatte, aufbaue.

Der elektronische Versand der Sitzungsprotokolle werde bereits durchgeführt. Darauf aufbauend sei es nun sinnvoll, auch die Einladungen und soweit möglich, die Sitzungsunterlagen elektronisch zu versenden. Durch die dadurch erzielte Eindämmung der Papierflut könnten zum einen die Umwelt geschont und zum anderen Kosten gesenkt werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erläutert die Angelegenheit aus Sicht der Verwaltung und führt aus, dass dieses Anliegen auch die Arbeit der Verwaltung erleichtern werde. Jedoch müsse beachtet werden, dass ein Teil der Unterlagen weiterhin wegen Zustellungsanforderungen verschickt werden müsse. Ein Großteil der Unterlagen, etwa 80 %, könne jedoch elektronisch zugesandt werden.

Ratsmitglied Presl schlägt vor, dass diejenigen Ratsmitglieder, welche die elektronische Einladung wünschen, diese auf diesem Wege erhalten sollen und diejenigen, die dies nicht möchten, die Einladungen weiterhin auf dem Postweg erhalten sollten.

Ggf. sollten auch die rechtlichen Aspekte durch Absprache mit dem Städtebund geklärt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung gerne bereit sei, den elektronischen Versand von Einladungen auszuprobieren und Erfahrung zu sammeln.

Ratsmitglied Dettweiler erklärt, dass er den Vorschlag der Fraktion Grüne Liste begrüße.

Ratsmitglied Dr. Bock erklärt, dass ihm der Antrag sehr entgegen komme. Der elektronische Versand von Unterlagen müsse aber fakultativ bleiben. Dies bedeutet, dass diejenigen Ratsmitglieder, die diese Art des Versandes nicht möchten, weiterhin die Unterlagen per Post erhalten sollen.

Weiterhin äußert Ratsmitglied Dr. Bock Bedenken im Hinblick auf den Datenschutz.

Der Vorsitzende erklärt, dass diesbezüglich die Frage der jeweiligen Verschlüsselungstechnik noch geklärt werden müsse. Dies stelle jedoch kein großes Problem dar.

Ratsmitglied Schneider erläutert, dass das elektronische System für Ratsmitglieder bereits in vielen Gemeinden umgesetzt sei. Als Beispiele führt er die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land sowie die Städte Trier, Speyer und Simmern an. Durch den elektronischen Zugriff auf Termine könnten darüber hinaus Überschneidungen von Sitzungsterminen verhindert werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt sei das Beschlusscontrolling. Damit sei die qualifizierte Nachverfolgung der von den Mandatsträgern gefassten Beschlüsse sowie das Abrufen des Verfahrensstandes von an die Verwaltung gerichteten Aufträgen sichergestellt.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Dies sei auch für den Zweibrücker Rat sehr sinnvoll, da derzeit für niemanden nachvollziehbar sei, wie beispielsweise der Sachstand bezüglich der neuen Rettungswache des DRK oder des dreistufigen Energiesparwettbewerb sei.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling schlägt Ratsmitglied Schneider vor hinsichtlich des Sachstandes bezüglich der neuen Rettungswache des DRK in der nachfolgenden Tagesordnung eine Anfrage zu stellen.

Ratsmitglied Stauch teilt mit, dass sie den Antrag grundsätzlich befürworte. Man müsse jedoch auch beachten, dass die Technik ihre Tücken habe.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann erläutert, dass der vorliegende Antrag der Fraktion Grüne Liste lediglich einen Zwischenschritt auf dem Weg zur Einrichtung eines kompletten Ratsinformationssystems darstelle. Wie von Ratsmitglied Schneider angesprochen, existiere dieses System bereits in anderen Gemeinden.

Wenn dieses Ratsinformationssystem installiert ist, könne auch auf das Versenden von Unterlagen per E-Mail verzichtet werden, da Einladungen, Unterlagen und Protokolle auf einem zentralen Server abgelegt werden. Auf die dort hinterlegten Dokumente könnten die Ratsmitglieder je nach Befugnis und Tätigkeit in Ausschüssen zugreifen.

Weiterhin vorteilhaft an diesem Ratsinformationssystem sei, dass auch der Informationsaustausch innerhalb der Verwaltung ohne Papieraufwand gestaltet werden könne.

Darüber hinaus ermögliche ein digitales Archiv über eine Stichwortsuche die Recherche auch nach älteren Dokumenten.

Der Vorsitzende erläutert, dass das Ratsinformationssystem in den USA dem Council Information System entspreche.

Ratsmitglied Kretschmar teilt mit, dass die Verwaltung seit etwa 5-6 Jahren über das so genannte E-government verfüge.

Die CDU-Fraktion beauftrage deshalb die Verwaltung zu überprüfen, was dort geschehe und was noch besser gemacht werden könne.

Weiterhin solle Bezug nehmend auf den Antrag der Fraktion Grüne Liste zunächst die rechtliche Problematik gerade im Hinblick auf den von Ratsmitglied Dr. Bock angesprochenen Datenschutz geprüft und anschließend abgeklärt werden, welche Ratsmitglieder die elektronische Zusendung der Unterlagen möchten und welche nicht.

Ratsmitglied Rimbrecht erklärt, dass er es nicht für sinnvoll erachte, die Unterlagen elektronisch zu versenden. Er begründet dies damit, dass die Druckkosten, welche dem einzelnen Ratsmitglied durch das Ausdrucken entstehen, höher seien, als die für die Verwaltung entstehenden Kosten beim Drucken der Unterlagen in der Stadtdruckerei.

An dieser Stelle erinnert Ratsmitglied Rimbrecht an die Zusage der Verwaltung, den öffentlichen Teil der Sitzungsprotokolle online zur Verfügung zu stellen.

Bezug nehmend auf die letzte Ausführung von Ratsmitglied Rimbrecht erklärt der Vorsitzende, er glaube, dass dies bereits der Fall sei.

Ratsmitglied Düker erläutert, dass er vor etwa 8 Jahren zu dem in Rede stehenden Thema einen Workshop des Städtetages besucht habe.

Dort hätten sich andere Teilnehmer gewundert, dass der Zweibrücker Stadtrat noch nicht mit Laptops ausgestattet sei. Nur auf diese Weise könne tatsächlich Papier gespart werden.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Dies sei hingegen nicht der Fall, wenn die Ratsmitglieder die Unterlagen selbst ausdrucken müssen. Des Weiteren schließt sich Ratsmitglied Düker den Ausführungen von Ratsmitglied Rimbrecht in Bezug auf die entstehenden Kosten an.

Ratsmitglied Danner erklärt, dass sie nicht bereit sei, die Sitzungsunterlagen selbst auszudrucken.

Der Vorsitzende erläutert, dass er den Antrag der Fraktion Grüne Liste gerne dahingehend behandeln möchte, dass die Verwaltung zunächst ein Konzept entwickeln soll, wie ein solches Ratsinformationssystem funktionieren könnte und die Unterlagen in der Anfangszeit sowohl auf elektronischem als auch postalischem Weg zugeleitet werden.

Ratsmitglied Schanne Raab erklärt, dass die Grüne Liste damit einverstanden sei.

Ratsmitglied Schneider stellt den Antrag, dass das Konzept der Verwaltung die Vorstellung eines vollständigen elektronischen Ratsinformationssystems, welches auch die Zurverfügungstellung von Einladungen, Protokollen und die Abwicklung des internen Informationsaustausches berücksichtigt, beinhalten soll.

Der Vorsitzende erklärt, dass dies in seinem Vorschlag bereits enthalten sei.

Der Stadtrat fasst **einstimmig** folgenden

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept eines elektronischen Ratsinformationssystems auszuarbeiten und dies dem Stadtrat vorzustellen.

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

10 – 1 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Punkt 13: Erweiterung der Aussegnungshalle auf dem Zweibrücker Hauptfriedhof (Antrag der FDP-Fraktion vom 13.9.09)

Der Vorsitzende verweist auf die Stadtratsdrucksache Nr. 58 und auf den zugrunde liegenden Antrag der FDP-Fraktion vom 13.9.2009.

Ratsmitglied Dr. Hitschler erläutert, dass die FDP-Fraktion dieses Thema nun auf die Tagesordnung des neuen Stadtrates gebracht habe und eine weitere Beratung der Angelegenheit im Bau- und Hauptausschuss erfolgen solle. Die FDP-Fraktion sei der Auffassung, dass das Raumkonzept neu überlegt werden müsse.

Die Verwaltung werde weiterhin gebeten, die alternativen Finanzierungsmodelle vorzulegen, damit anschließend eine entsprechende Ausschreibung erfolgen könne.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling teilt mit, dass er in dieser Angelegenheit letzte Woche ein Gespräch mit dem Innenministerium geführt habe.

Die Verwaltung begrüße ausdrücklich den Antrag der FDP-Fraktion, damit es in dieser Angelegenheit zu einer Entscheidung kommt.

Ratsmitglied Kretzschmar erklärt, dass die CDU-Fraktion weiterhin hinter diesem Projekt stehe.

Die Durchführung einer Beerdigung in der jetzt vorhandenen Aussegnungshalle stelle ein Problem dar, da in der Halle nur die engsten Angehörigen Platz finden und die übrigen Trauernden draußen verweilen müssten und dort Regen und Kälte ausgesetzt seien.

Ob die Aussegnungshalle so groß werden müsse, wie im ursprünglichen Plan vorgesehen, sei jedoch nochmals zu besprechen.

Ratsmitglied Graßhoff erklärt, dass die SPD weiterhin die Auffassung vertrete, dass das Vorhaben wirtschaftlich nicht machbar sei.

Er stellt klar, dass die Mitglieder der SPD-Fraktion genau dasselbe Pietätsempfinden wie diejenigen Ratsmitglieder haben, welche eine Erweiterung der Aussegnungshalle favorisieren. Argumente, welche aus Sicht der SPD-Fraktion gegen den Antrag sprechen, seien beispielsweise der anzustrebende Erhalt der Friedhöfe in den Vororten und in den Stadtteilen sowie der stattfindende Wandel des Ablaufs von Beerdigungen. Beispielsweise finden immer mehr Trauerfeiern in der Kirche statt und lediglich die Beisetzung erfolge anschließend auf dem Friedhof. Darüber hinaus stehe die Aussegnungshalle auf dem Hauptfriedhof unter Denkmalschutz und allein deshalb sei es schon eine sehr schwierige Aufgabe dort überhaupt etwas zu ändern. Schließlich werde das Projekt unweigerlich zu einer Gebührenerhöhung führen, was gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht wünschenswert sei.

Die SPD-Fraktion lehne die Erweiterung der Aussegnungshalle aus den genannten Gründen ab und wünscht auch keine Verweisung der Angelegenheit in einen Ausschuss.

Ratsmitglied Dettweiler erläutert, dass die FWG-Fraktion der ursprünglich angedachten großen Erweiterung nicht zustimmen werde, aber dennoch Bedarf sehe, dass für die Trauernden, welche sich vor der Aussegnungshalle einfinden, eine Schutz- sowie Beschallungseinrichtung eingerichtet werden.

Eine Grundsatzentscheidung solle deshalb heute noch nicht getroffen werden, sondern die Angelegenheit erst in den Ausschüssen beraten werden.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Bei der Diskussion in den Ausschüssen sei es wichtig zu erwähnen, dass es inzwischen auf dem Waldfriedhof eine neue Bestattungsform gebe. Weiterhin sei nicht zu unterschätzen, dass die Zahl der in Kirchen abgehaltenen Trauerfeiern steige.

Der FWG-Fraktion sei wichtig, dass die Friedhöfe und Aussegnungshallen in den Vororten gut hergerichtet sind.

Entscheidend für die Diskussion sei auch die Auswirkung auf die Gebühren.

Ratsmitglied Dettweiler spricht abschließend die Zuwegung zur Halle auf dem Hauptfriedhof an, welche in jedem Fall geändert werden müsse.

Ratsmitglied Nunold erklärt, dass die Fraktion die Linke den Antrag der FDP-Fraktion unterstützen werde und in dieser Angelegenheit endlich eine Entscheidung getroffen werden müsse.

Ratsmitglied Dr. Pohlmann erklärt, dass er den Antrag der FDP-Fraktion sehr begrüße und diesen dahingehend verstehe, dass zunächst die Frage zu klären sei, ob die Erweiterung der Aussegnungshalle auf dem Hauptfriedhof gewünscht und gewollt ist. In einem zweiten Schritt sei dann in den zuständigen Ausschüssen zu erörtern in welcher Art und Weise eine Erweiterung erfolgen kann und ob sich die Stadt dies leisten kann.

In der heutigen Sitzung könne jedoch bereits darüber beschlossen werden, ob die Aussegnungshalle ausreichend groß ist. Falls der Stadtrat dabei der Meinung ist, dass die Aussegnungshalle nicht groß genug ist, können weitere Überlegungen angestellt werden.

Bürgermeister Heller dankt Ratsmitglied Dr. Pohlmann für die Ausführungen und erklärt, dass zunächst eine Grundsatzentscheidung im Hauptausschuss und im Stadtrat herbeizuführen sei bevor überhaupt aufwendige Planungsvarianten im Bauausschuss besprochen werden.

Der Vorsitzende lässt sodann über der Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

B e s c h l u s s :

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 13.9.2009 bezüglich der Erweiterung der Aussegnungshalle auf dem Zweibrücker Hauptfriedhof wird zur weiteren Beratung an den Haupt- sowie den Bauausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen

1 Enthaltung

16 Nein-Stimmen

An der Abstimmung nahmen 36 Ratsmitglieder teil.

Verteiler:

14 – 1 x

20 – 1 x

60 – 1 x

Punkt 14: Anfragen von Ratsmitgliedern

Anfrage von Ratsmitglied Rimbrecht

1 Erhebung von Sondernutzungsgebühren im Rahmen des Oktoberfestes

Ratsmitglied Rimbrecht erinnert daran, dass während der Haushaltsdebatten seitens des Stadtrates angeregt worden sei, auch im Rahmen des Oktoberfestes Sondernutzungsgebühren zu erheben.

Die entsprechende Satzung sehe für ambulante Verkaufswagen eine Gebühr von 5,00 € pro m² und Tag vor.

Ratsmitglied Rimbrecht möchte wissen, weshalb ein Großgastronom im Rahmen des Oktoberfestes besser behandelt werde als die Zweibrücker Gastwirte, welche um ihre Kunden kämpfen müssten.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

2 Anfrage von Ratsmitglied Gauf

Unentgeltlicher Bezug von Windelsäcken

Ratsmitglied Gauf erklärt, dass er von einer Familie mit zwei Kindern bezüglich der bestehenden Stichtagsregelung zum unentgeltlichen Bezug von Windelsäcken angesprochen worden sei.

Er kritisiert, dass durch die Stichtagsregelung Kinder, welche vor dem 01.09.2009 geboren sind gegenüber den Kindern, die nach dem genannten Datum geboren sind, benachteiligt würden.

Er frage deshalb an, ob seitens der Verwaltung die Möglichkeit gesehen werde, auch Eltern von Kindern, welche vor dem 01.09.2009 geboren sind, den unentgeltlichen Bezug der von dem EBZ gesponserten Windelsäcke im Rahmen einer Gleichbehandlung zu ermöglichen. Er selbst schlage vor, dabei Kleinkinder bis zum Alter von zwei Jahren zu berücksichtigen.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende und Bürgermeister Heller erklären, dass dies zu einer Kostensteigerung führen werde und derzeit nur die Stichtagsregelung finanzierbar sei.

3 Anfragen von Ratsmitglied Nunold

Ausschreibungen - Tariftreue

Ratsmitglied Nunold führt aus, dass bei Investitionen oder Sanierungskonzepten (Bauvorhaben) von der Stadt öffentliche Ausschreibungen durchgeführt würden, auf welche sich Bauunternehmer oder Baufirmen aus der ganzen Bundesrepublik bzw. aus der EG bewerben. Meist müsse dann der günstigste Anbieter ausgewählt werden. Dies beruhe auf der Tatsache, dass diese Firmen keinen Tariflohn bzw. gesetzlichen Mindestlohn bezahlen und deshalb die günstigeren Angebote offerieren könnten. Solche Firmen seien meist tariflich nicht gebunden und müssten somit auch keinen Tariflohn an ihre Beschäftigten zahlen. Für die Mitarbeiter dieser Betriebe bedeute dies geringere Löhne, unbezahlte Überstunden, prekäre Beschäftigung und soziale Unsicherheit. Da die Firmen durch Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger bezahlt würden, müsse hier bedingungslos darauf geachtet werden, dass nur Firmen beauftragt werden, die nicht gegen geltendes deutsches Recht verstoßen und eine soziale Fürsorge ihrer Beschäftigten übernehmen. Steuermittel dürften nicht verwendet werden um illegale Beschäftigung und Verstöße gegen Gesetze zu finanzieren. Ratsmitglied Nunold stellt deshalb folgende Fragen an die Verwaltung:

- 1) Fordert die Stadt Zweibrücken bei der Ausschreibung öffentlicher Bauvorhaben und bei der Vergabe von Investitionen von den günstigsten Anbietern eine Tariftreueerklärung?
- 2) Wie stellt die Verwaltung sicher, dass
 - a) bei Abgabe einer Tariftreueerklärung diese Verpflichtung auch eingehalten wird,
 - b) die Auftragnehmer nicht durch die Vergabe an Subunternehmer oder andere nicht bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer die Tarifvorschriften unterlaufen,
 - c) dass alle Arbeitnehmer des Auftragnehmers sozial- und versicherungspflichtig angemeldet sind.
- 3) Hat es in der Vergangenheit solche Verstöße gegeben und wie wurde auf diese Verstöße reagiert bzw. wie wird die Verwaltung reagieren, falls ein solcher Verstoß festgestellt wird.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

4 Anfragen von Ratsmitglied Kroh

a) Beantwortung von Anfragen

Ratsmitglied Kroh regt an, dass durch die Setzung von Fristen gegenüber den Fachämtern künftig eine schnellere Beantwortung von Anfragen erreicht werden solle.

b) Arbeitskreis für Verkehrssicherheit – Protokoll

Ratsmitglied Kroh führt aus, dass am 19.04.2009 eine Sitzung des Arbeitskreises für Verkehrssicherheit stattgefunden habe. Er möchte wissen, ob inzwischen ein Protokoll erstellt worden sei. Falls dies nicht der Fall sei, bitte er um Mitteilung, wann das Protokoll zugestellt werde und aus welchen Gründen sich die Erstellung eines Protokolls so lange hinauszögere.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass sich darum bemüht werde, ein Protokoll vorzulegen.

c) Ergebniskontrolle der Arbeit des Arbeitskreises für Verkehrssicherheit

Ratsmitglied Kroh fragt an, ob die Verwaltung bereit sei, die Protokolle des Arbeitskreises für Verkehrssicherheit der letzten ein bis zwei Jahre hervorzuholen und dem Stadtrat darzulegen, welche Punkte abgearbeitet seien.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass beispielsweise die Geschwindigkeitsbegrenzung am Fasanerieberg ein umgesetztes Ergebnis der Arbeit des Arbeitskreises für Verkehrssicherheit sei.

5 Anfragen von Ratsmitglied Schanne-Raab

a) Parkplatz am Hauptfriedhof

Ratsmitglied Schanne-Raab möchte wissen, wann Schilder in der Vogelgangstraße aufgestellt würden, welche so ausgerichtet seien, dass Besucher des Hauptfriedhofes zum Parkplatz geleitet würden.

Antwort der Verwaltung:

Ratsmitglied Dettweiler (ehemaliger Baudezernent) erklärt, dass dort bereits Schilder angebracht seien.

b) Historisches Grabmal der Familie Lapp

Ratsmitglied Schanne-Raab führt aus, dass sich auf dem Friedhof in Ixheim das historische Grabmal der Familie Lapp befinde. Sie möchte zum einen

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

wissen, ob dieses Grabmal unter Denkmalschutz stehe und zum anderen welche Maßnahmen zur Konservierung des Grabmals unternommen würden.

Antwort der Verwaltung:

Bürgermeister Heller erklärt, dass ein Kostenvoranschlag bezüglich der Versetzung des Grabmals und bezüglich der Errichtung einer Sandsteineinfassung veranlasst worden sei. Sobald der Kostenvoranschlag vorliege, werde die Angelegenheit dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt weiter, dass bezüglich des Grabmals kein Denkmalschutz bestehe.

c) Sicherheitskontrolle auf den Kinderspielplätzen

Ratsmitglied Schanne-Raab möchte wissen, ob, von wem und in welchen zeitlichen Abständen die Kinderspielplätze in Zweibrücken überprüft werden und wer bei der Feststellung von Mängeln für deren Beseitigung zuständig ist.

Antwort der Verwaltung:

Beigeordneter Franzen führt aus, dass die Kinderspielplätze regelmäßig durch den EBZ überprüft werden.

Der Vorstandsvorsitzende des EBZ, Herr Boßlet, erläutert, dass jeder Spielplatz einmal pro Woche überprüft werde. Die meisten Kinderspielplätze würden sogar zweimal oder mehrfach wöchentlich kontrolliert werden. Dies erfolge in enger Abstimmung mit dem Jugendamt.

Zusätzlich würden die Geräte alle zwei Jahre durch den TÜV überprüft werden und einmal pro Jahr finde eine große Gesamtprüfung statt, bei der bspw. die Holzspielgeräte auf ihre Standsicherheit hin überprüft würden.

6 **Anfragen von Ratsmitglied Kaiser**

a) Einrichtung des Runden Tisches gegen Rechts

Ratsmitglied Kaiser nimmt Bezug auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 15.08.2009, welcher in der Stadtratssitzung am 26.08.2009 behandelt wurde und fragt an, inwieweit die Verwaltung bereits tätig geworden sei.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass die Einladungen an den engeren Kreis in den nächsten Tagen zugehen werden. Des Weiteren sei bereits eine Roadmap errichtet worden.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

b) Verhalten der Bundeswehr im morgendlichen Berufsverkehr

Ratsmitglied Kaiser erläutert, dass das Ausrücken der Bundeswehr während des morgendlichen Berufsverkehrs zu erheblichen Verzögerungen, insbesondere im Bereich des Niederauerbacher Kreisels führe. Sie frage deshalb an, ob die Verwaltung hier tätig werden könne.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende führt aus, dass er das Thema bei einem nächsten Treffen mit dem Kommandeur besprechen werde.

c) Reinigung des Omnibusbahnhofes

Ratsmitglied Kaiser nimmt Bezug auf die Anfrage von Ratsmitglied Dr. Pohlmann aus der Stadtratssitzung am 26.08.2009 bezüglich des Zustandes der Fußgängerzone.

Ratsmitglied Kaiser erklärt, dass sie diese Anregung auf den Zustand des Omnibusbahnhofes erweitern möchte.

7 **Anfrage von Ratsmitglied Rauch**

Zustand der Friedhofsmauer in Niederauerbach

Ratsmitglied Rauch fragt an, ob die Verwaltung die Möglichkeit einer Begrünung des neuen Mauerabschnittes sehe oder sich vorstellen könne, die Natursteinkörper durchgängig an dem neuen Mauerabschnitt anzubringen.

Die Optik der Friedhofsmauer sei derzeit nämlich nicht sehr ansprechend.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass dies aufgrund der zu erwartenden Kosten derzeit nicht möglich sei und im neuen Haushalt zu beraten sei.

8 **Anfrage von Ratsmitglied Dr. Runge**

Kontrolle des Grundwassers auf dem Deponiegelände

Ratsmitglied Dr. Runge erklärt, dass seit zwei Jahren Müll aus Italien auf die Deponie gebracht werde. Er sei von einem Bürger angesprochen worden, welcher sich darum Sorge, ob das Grundwasser dort regelmäßig und auf Dauer im Hinblick auf eine mögliche Belastung mit Herbiziden kontrolliert werde.

Antwort der Verwaltung:

Bürgermeister Heller führt aus, dass die Deponie einen sehr modernen Standard habe und alle Anlieferungen den zuständigen Stellen zur Genehmigung vorgelegt werden müssten. Das entstehende Sickerwasser werde in der Kläranlage gereinigt.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Der Vorstandsvorsitzende des EBZ, Herr Boßlet, ergänzt, dass sich um das Deponiegelände 18 Tonnen befänden, welche zweimal im Jahr von der SGD überprüft würden. Dabei würden alle Grundwasserparameter geprüft werden. Diese Prüfungen erfolgten für die Dauer des Betriebes der Deponie und noch 35 Jahre nach Stilllegung der Deponie.

9 **Anfragen von Ratsmitglied Cleemann**

- a) Verhalten von Jugendlichen im Bereich des Parkplatzes an der Hallplatzgalerie

Ratsmitglied Cleemann erklärt, dass sich Jugendliche im Bereich des Parkplatzes an der Hallplatzgalerie treffen und dabei Passanten belästigen. Sie möchte wissen, inwieweit die Verwaltung durch das Jugendamt und das Ordnungsamt die Möglichkeit einer Abhilfe sehe.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende führt aus, dass er sich die Berichte des Ordnungsamtes bezüglich der Bestreifung der genannten Örtlichkeit vorlegen lassen werde.

Darüber hinaus hätten die sich dort aufhaltenden Personen bereits vorgeschlagen, dass auf der Grünfläche hinter dem Parkhaus Bänke und Mülleimer aufgestellt werden, damit sie sich dorthin zurückziehen könnten. Er werde in Erfahrung bringen, ob diese Grünfläche städtisches Gelände sei.

Bürgermeister Heller ergänzt, dass die Situation die Attraktivität der Stadt beeinträchtigt und deshalb angegangen werden müsse. Problematisch sei jedoch, dass auch die Freiheit des Einzelnen in diesem Zusammenhang zu beachten sei.

- b) Zustand der Kastanienbäume in der Schillerstraße

Ratsmitglied Cleemann erläutert, dass die Kastanienbäume in der Schillerstraße aufgrund eines Befalles mit der Miniermotte sehr frühzeitig Laub verlieren. Sie möchte wissen, ob jetzt bereits Maßnahmen ergriffen werden können, damit dies nächstes Jahr nicht mehr der Fall sein wird und ob die Gefahr bestehe, dass die Bäume ganz absterben.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass diese Gefahr durchaus bestehe. Die Verwaltung habe vorerst mit natürlichen Abwehrmaßnahmen durch die Anbringung von Lockstofffallen in den Bäumen reagiert.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

10 Anfragen von Ratsmitglied Schneider

a) Standort für die Rettungswache des DRK

Ratsmitglied Schneider erklärt, dass eine Begehung bezüglich des Zustandes der Rettungswache des DRK stattgefunden habe.

Er frage deshalb nach dem aktuellen Sachstand und möchte wissen, wann die neue Rettungswache planerisch umgesetzt werde.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass es sein persönliches Anliegen sei, das Hauptproblem, nämlich die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten, zu lösen und diesbezüglich in der nächsten oder übernächsten Woche ein Gespräch mit dem DRK stattfinden werde.

b) Trinkwasseruntersuchungen gemäß EU-Vorgabe

Ratsmitglied Schneider erläutert, dass gemäß EU-Vorgabe Trinkwasseruntersuchungen an allen öffentlich zugänglichen Wasserhähnen stattzufinden haben.

Er möchte deshalb wissen, wie häufig diese Untersuchungen, insbesondere in öffentlichen Gebäuden wie bspw. in Kindergärten oder auf Friedhöfen, durchgeführt werden und ob dabei Besonderheiten in Bezug auf Grenzwerte festgestellt worden sind.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

11 Anfrage von Ratsmitglied Ruf

Einweihung des Dorfplatzes in Mörsbach

Ratsmitglied Ruf nimmt Bezug auf die konstituierende Sitzung des Ortsbeirates Mörsbach, in welcher Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling geäußert habe, dass der Dorfplatz am 3. Oktober eingeweiht werden könne. Da bislang jedoch noch keine Fortschritte zu beobachten seien, möchte er wissen, ob der 3. Oktober eingehalten werden könne.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling führt aus, dass die Planung inzwischen vorliege und übergibt das Wort an den Leiter des Bauamtes, Herrn Morscher.

Herr Morscher erklärt, dass die Angelegenheit beim Bauamt in Arbeit sei. Die Zeit bis zum 3. Oktober reiche jedoch nicht aus, um den Dorfplatz fertig zu stellen; ein konkreter Termin könne nicht benannt werden.

Bürgermeister Heller rechnet damit, dass im Frühjahr 2010 das Einweihungsfest stattfinden werde.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

12 **Anfrage von Ratsmitglied Zahler**

Gelände der ehemaligen Abschiebehaftanstalt Birkhausen

Ratsmitglied Zahler erklärt, dass auf dem Gelände der ehemaligen Abschiebehaftanstalt Birkhausen beobachtet werde, dass dort nächtliche Begegnungen von organisierten Gruppen stattfinden. Dabei würden organisierte Sprengungen und Brandlegungen durchgeführt werden. Vermutlich handele es sich dabei um Trainingseinheiten einer Sicherheits- oder Polizeitruppe. Zuletzt konnte ein Vorfall am 15.09.2009 beobachtet werden.

Ratsmitglied Zahler möchte von der Verwaltung wissen, ob ihr bekannt ist, was dort geschehe. Darüber hinaus bittet er um Mitteilung, was das Land Rheinland-Pfalz bzw. der LBB mit diesem Gelände vorhabe.

Abschließend stellt Ratsmitglied Zahler Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling die Frage, ob dieser bereit sei, einen möglichen Investor bei einem etwaigen Investitionsantrag zu unterstützen, insbesondere bei Gesprächen mit dem LBB.

Antwort der Verwaltung:

Bezug nehmend auf die letzte Frage von Ratsmitglied Zahler führt der Vorsitzende aus, dass er alles in seiner Macht stehende tun werde, um einen möglichen Investor zu unterstützen.

Die ersten beiden Fragen von Ratsmitglied Zahler werde er im nichtöffentlichen Teil beantworten.

13 **Anfrage von Ratsmitglied Stauch**

Grabmal der Familie Lapp auf dem Ixheimer Friedhof

Ratsmitglied Stauch erklärt, dass sie ähnlich wie Ratsmitglied Schanne-Raab um die Beantwortung von Fragen zu dem Grabmal der Familie Lapp bitte. Sie möchte zum einen wissen, wo das schmiedeeiserne Gitter, welches um die Grabstätte befestigt gewesen sei, hingekommen sei und wann und warum dies abgeräumt wurde. Des Weiteren beantragt sie, das Grabmal unter Denkmalschutz stellen zu lassen.

Antwort der Verwaltung:

Bürgermeister Heller erklärt, dass er nicht wisse, wo das Gitter hingekommen sei; er werde dies jedoch überprüfen lassen.

Des Weiteren nimmt er Bezug auf seine im Rahmen der Anfrage von Ratsmitglied Schanne-Raab gemachten Ausführungen bezüglich des veranlassten Kostenvorschlags für die Wiederherstellung des Grabmales.

14 Anfragen von Ratsmitglied Dettweiler

- a) Standortwahl der neuen Trafostation der Stadtwerke am Hengstbacher Friedhof

Ratsmitglied Dettweiler möchte wissen, wer die Entscheidung getroffen habe, die neue Trafostation der Stadtwerke trotz falscher Standortwahl am Hengstbacher Friedhof zu belassen. Der Ortsbeirat von Mittelbach/Hengstbach habe sich einstimmig gegen diesen Standort ausgesprochen. Weder das Stadtbauamt noch der Vorort seien bei der Standortwahl eingebunden gewesen.

Die Revidierung dieser Fehlentscheidung hätte 4.000,00 € gekostet.

Das Bauamt habe mehrere Alternativstandorte aufgezeigt.

Inzwischen seien Fakten geschaffen und die Station verkabelt und angeschlossen worden.

Ratsmitglied Dettweiler stellt die Frage, was ein Beschluss des Ortsbeirates angesichts dieses Vorgehens noch wert sei und ob auf diese Art mit Neukunden umgegangen werde. Er bittet um ausführliche schriftliche Stellungnahme der Stadtwerke und des Bauamtes.

- b) Einführung von schnellem DSL in den Vororten Rimschweiler, Wattweiler und Mittelbach/Hengstbach

Ratsmitglied Dettweiler fragt Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling, ob dieser bereit sei, umgehend ein Gespräch mit der Telekom bezüglich der Einführung von schnellem DSL in Rimschweiler, Wattweiler und Mittelbach/Hengstbach herbeizuführen.

Dabei sollten die Ortsvorsteher der drei Vororte, Frau Hübschen und Vertreter der Bürgerinitiative vertreten sein.

Antwort der Verwaltung:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Reichling erklärt, dass er bereit sei, sich mit den Verantwortlichen der Telekom zu treffen. Es sei jedoch schwierig, die Verantwortlichen ausfindig zu machen.

- c) Ballfangzaun am Bolzplatz Beckerswäldchen

Ratsmitglied Dettweiler erklärt, dass er über den Stand des Ballfangzauns am Bolzplatz Beckerswäldchen informiert werden möchte.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Anfrage schriftlich beantwortet werde.

Verteiler:

10 – 1 x

20 – 1 x

32 – 2 x

60 – 4 x

Stadtwerke – 2 x

EBZ – 2 x

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Nach dem Ende des öffentlichen Teils der Sitzung um 19.02 Uhr, schließt sich der nichtöffentliche Teil der Sitzung nach einer Pause um 19.15 an.

4. Sitzung des Stadtrates am 23. September 2009

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19.20 Uhr.

Der Vorsitzende

Die Schriftführer

Prof. Dr. Reichling
Oberbürgermeister

Oberamtsrat

Stadtinspektorin